

urgewald



CHINA & INFRASTRUKTUR



Newsletter

27.02.2024

Liebe Chinainteressierte,

willkommen im Jahr des Drachen (seit 10.2.)! Das wird ein herausforderndes Jahr für China: Die Wirtschaft strauchelt, seit Monaten fehlt dem Volk aus 1,4 Milliarden Menschen ein/e Außen- und Verteidigungsminister*in und die Evergrand-Pleite wird noch lange ein Nachspiel haben. Finanzen – und was als „grüne“ Finanzen gilt – stehen daher im Zentrum unseres Neujahrs-Newsletters. Wie immer liefern wir auch die üblichen Informationen zu Energieinfrastruktur, diesmal auch mit einem Schlenker zu den „sauberen“ Energien.

Dies wird in Zukunft auch unser Hauptfokus sein. Natürlich werden alle wichtigen Änderungen im Bereich Klimapolitik, Finanzen und Menschenrechte auch Platz finden, aber weniger.

Wie immer freuen wir uns über Feedback.

Und: Glückwunsch zum Einjährigen, genau vor einem Jahr verfasste Judith zusammen mit mir ihren allerersten Newsletter für Sie/euch.
Wir wünschen anregende Lektüre!

Eure/Ihre Nora und Judith, mit Praktikantin Isabel Thorweihe

Energie
Sicherheit und Finanzen
Menschenrechte
Aus unserer Arbeit

Energie

Wissenschaftler: deutsche Solarindustrie sterben

lassen und von China profitieren

Die europäische **Solarbranche** kämpft ums Überleben. Billig importierte Solarpaneele aus China fluten den Markt. Damit ist die EU in einem Dilemma. Einerseits steht Brüssel unter Druck, die Energiewende voranzutreiben. Andererseits steht die europäische Photovoltaikproduktion, ohne staatliche Hilfe, kurz vor dem Aus. Prof. Dr. Jens Boysen-Hogrefe vom Institut für Weltwirtschaft in Kiel spricht sich in einem **Interview** gegen einen staatlichen Eingriff aus. Boysen-Hogrefe meint, dass die billigen Solarprodukte aus China von Vorteil sind, da Deutschland dadurch die Energiewende günstiger vorantreiben kann. Angesprochen auf die Lehren aus der Gasabhängigkeit von Russland sieht er keinen Grund zur Sorge—das sei nicht vergleichbar. Diese Meinung wird in Wirtschaftskreisen geteilt. Die Menschenrechtssituation in China wird nicht thematisiert. Dabei produzieren große Teile der chinesischen Solarindustrie in Xinjiang. Laut Berichten müssen in dieser Region Uiguren und andere Volksgruppen **Zwangsarbeit** verrichten.



© Bill Mead, Unsplash

Chinas Rolle beim LNG-Boom

China hat im vergangenen Jahr fast 71 Millionen Tonnen verflüssigtes Erdgas (LNG) importiert und seine Position als weltweit **größter Abnehmer** erneut untermauert. Schiffsverfolgungsdaten zeigen, dass China 17% aller weltweiten LNG-Lieferungen importierte, während Westeuropa auf 26% kam. Obwohl nur 8,5% des gesamten Energiemixes Chinas aus Gas besteht, ist die Nachfrage nach LNG enorm. Expert*innen prognostizieren, dass China auch langfristig der größte Treiber der weltweiten LNG-Nachfrage bleiben wird. In den nächsten zwei Jahren wird die Nachfrage voraussichtlich um 20 % steigen und bis 2025 84 Millionen Tonnen erreichen. Dieses schnelle Wachstum könnte zu **Preiskämpfen** führen, wenn es den Aufbau neuer Produktionskapazitäten übersteigt.

China verfolgt verschiedene **Strategien zur Diversifizierung** seiner Versorgung. Es ist ein wichtiger Kunde der US-amerikanischen LNG-Produzenten und investiert auch massiv in das russische Projekt Arctic LNG 2. Die jüngsten US-Sanktionen gegen das russische Projekt haben China veranlasst, eine Ausnahmeregelung zu beantragen, um weiterhin LNG aus beiden Ländern beziehen zu können.

ZAHL DES MONATS

71 Millionen

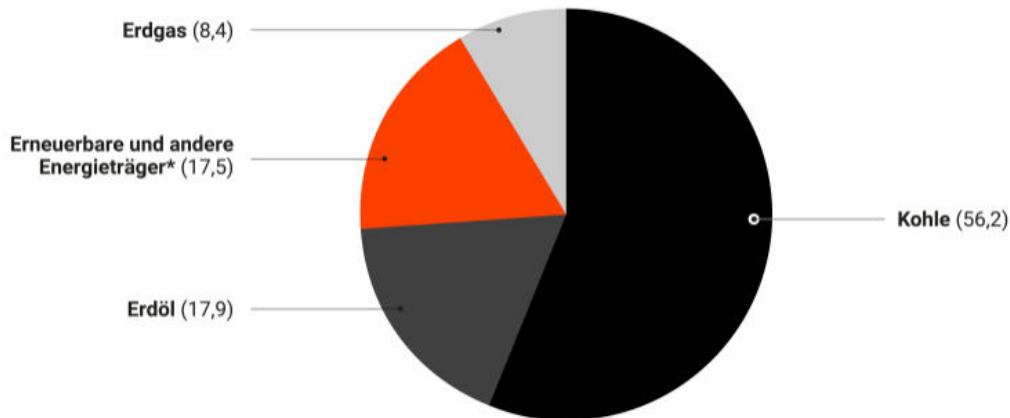
71 Millionen Tonnen verflüssigtes Erdgas (LNG) importierte die Volksrepublik China 2023.

Ausbau von Erneuerbaren und Kohle

Laut [Daten von Carbon Brief](#) trug der Sektor der „sauberen Energien“ im letzten Jahr mit einem Rekord von 1,6 Milliarden US-Dollar zur chinesischen Wirtschaft bei. Damit hatte der Sektor den größten Anteil am Wirtschaftswachstum (wobei China auch Atomkraft und Mega-Staudämme zu „sauberen Energien“ zählt). Gleichzeitig investiert China massiv in [Kohle](#). Beijing hat sich das Ziel gesetzt, bis 2060 klimaneutral zu sein. Dieses Ziel scheint jedoch in weiter Ferne. Noch 2022 stieß die Volksrepublik fast die Hälfte der weltweiten Emissionen, 11,4 Milliarden Tonnen CO₂, aus. Im selben Jahr genehmigte China neue Kohlekraftwerke mit einer Gesamtkapazität von 106 Gigawatt. So wird China trotz ambitionierter Pläne, erneuerbare Energien weiter auszubauen, seine Klimaziele wahrscheinlich nicht erreichen.

Primärenergieverbrauch: Energiemix Chinas im Jahr 2022

Anteil der Energieträger am Primärenergieverbrauch in Prozent



* inkl. Wasserkraft, Kernenergie, Windkraft und Solarenergie usw.,
Quelle: National Bureau of Statistics (NBS); China Electricity Council (CEC); Berechnungen von Germany Trade & Invest

 www.Table.Media

Sicherheit und Finanzen

Evergrand-Pleite und die Auswirkungen auf den Weltmarkt

Das chinesische Immobilienunternehmen Evergrand ist bankrott. Es hat mehr als [300 Milliarden](#) Dollar Schulden. Ende Januar ordnete ein Gericht in Hongkong die Liquidation des Unternehmens an. Evergrand wurde nicht nur als [wertvollstes Immobilienunternehmen der Welt](#) gehandelt, mit einem BIP-Anteil an der

chinesischen Wirtschaft von 20-30%. Das Unternehmen war auch in verschiedenen Geschäftsfeldern aktiv, darunter Autokonzerne, Solarwirtschaft, Öl- und LNG-Importgesellschaften. *Evergrande Health*, eine börsennotierte Tochtergesellschaft der Evergrande Group, war mit 45% an dem amerikanisch-chinesischen Autokonzern Faraday Future beteiligt. Im LNG- und Ölimport war Evergrand Energy Guangzhou Corp. tätig. Seit 2020 gehörte die Firma **NEVS**, die die Patente für batterie-elektrische Autos der Marke SAAB hält, zu Evergrande. Chinas Immobilienkrise und der dadurch verursachte stockende Konsum werden sich auch auf den Rest der Welt auswirken. So haben chinesische Unternehmen **Überkapazitäten** an Elektroautos und Solarpanelen, die bald den Weltmarkt zu extrem niedrigen Preisen fluten werden.



© Sean Pollock, Unsplash

Finanzmarktregulierung: Wer zählt was als "grün"?

China hat am 1. Januar 2024 einen probeweisen Vorstoß in einem Teilbereich für **Nachhaltige Finanzprodukte** (Taxonomie) gestartet, den Shanghai Transformational Finance Catalogue. Seit 2015 steigt die Zahl sogenannter grüner Finanzprodukte, sowie von Regulierungsmaßnahmen wie den „Green Credit Guidelines“ (zusammengefasst in der urgewald-Broschüre „**Who is who No.3**“). Es sollen Anreize geschaffen werden, Unternehmen mit hohem CO₂-Ausstoß beim Umbau ihres Geschäftsmodells zu unterstützen. Die neuen Regeln sollen nun für die sechs Sektoren Schifffahrt, Verarbeitung von Eisenmetallen, Erdölverarbeitung, Herstellung von chemischen Rohstoffen und chemischen Produkten, Automobilproduktion und Luftverkehr gelten. Shanghai möchte zu einem internationalen, grünen Finanzumschlagplatz werden. Die Taxonomie der EU soll dazu beitragen, dass die EU-Staaten ihre Emissionen senken. Sie definiert **sechs Ziele** für die Kreditvergabe an Unternehmen: Abschwächung des Klimawandels, Anpassung, Schutz von Wasser und Ökosystemen, Kreislaufwirtschaft und Bekämpfung von Umweltverschmutzung. Ein Unternehmen muss nicht nur zu mindestens einem Umweltziel beitragen, sondern darf auch nicht gegen die übrigen Ziele verstoßen. Unter anderem soll der europäische Mechanismus dafür sorgen, dass sich **Sektoren mit einem hohen CO₂-Ausstoß**, wie Produktion, Verkehr und Bauwesen umstrukturieren. Ähnlich wie die VR China stufte das Europaparlament Investitionen in **Erdgas und Atomkraft** als nachhaltig ein, wogegen viele Klimaschutzorganisationen, auch **urgewald**, protestierten. Die Taxonomie verleiht Atomkraft und Gas ein **Ökosiegel**.

Entkopplung von China bei kritischen Rohstoffen

Die deutsche Regierung hat rund 1 Milliarde Euro (1,1 Milliarden Dollar) für Rohstoffinvestitionen vorgesehen, um die Abhängigkeit von Produzenten wie China bei wichtigen Rohstoffen zu verringern. Die Finanzierung, die über die staatliche KfW-Förderbank erfolgt, wird aus Eigenkapital für den Erwerb von Minderheitsbeteiligungen bestehen. Dieser Staatsfonds begleitet das auf Rohstoffpartnerschaften ausgelegte Gesetz über kritische Rohstoffe ([Critical Raw Material Act](#)), welches die EU im Oktober 2023 beschlossen hatte. Das Geld soll in die Gewinnung von [Rohstoffen](#) u.a. im heimischen Bergbau investiert werden. Damit wird jedoch nur die Versorgungssicherung für die Energie- und Verkehrswende angegangen, nicht die verheerende Menschenrechtslage in der Bergbauindustrie. In einem von China finanzierten Nickelschmelzwerk in Indonesien bspw. kam es zu einer Reihe von [tödlichen Unfällen](#). Gewerkschaften berichten, dass Gesundheits- und Sicherheitsvorschriften routinemäßig missachtet werden. Indonesien produziert mit rund [1,8 Millionen Tonnen](#) im Jahr 2023 mit Abstand am meisten Nickel weltweit. Auch die deutsche Wirtschaft ist auf dieses Metall angewiesen. Ein weiteres Problem ist, dass Nickel vorrangig mit Kohlestrom gewonnen wird. Die indonesische Regierung hat immerhin angekündigt, dass neue Schmelzwerke mit grüner Energie betrieben werden sollen.



© [Vlad Chețan, Unsplash](#) (Bergbau)

China präsentiert sich in Davos als Retter der Globalisierung

Chinas Premierminister Li Qiang nutzte das Weltwirtschaftsforum in Davos, um für Globalisierung und freien Handel zu werben. Er betonte die Bedeutung von Vertrauen für die Globalisierung. Dabei machte Li jedoch deutlich, dass das [Vertrauen](#) in Chinas Wirtschaft erodiert sei, vor allem aufgrund des Handelskonflikts mit den USA und der zunehmenden Konfrontation mit der EU. Innenpolitisch warten chinesische Akteur*innen jedoch seit 10 Jahren, seit dem Machtantritt von Präsident Xi, auf Reformen. Seit Oktober 2023 ist das alle fünf Jahre stattfindende „Fünfte Plenum“, welches Reformentscheidungen ankündigt, überfällig. Expert*innen deuten dies als innerparteiliche Krise. Seit 2023 sind bereits vier Personen aus dem Zentralkomitee „entfernt“ (und bis jetzt nicht ersetzt) worden, darunter der Außenminister Qing Gang und der Verteidigungsminister Li Shangfu, beides Xi-Vertraute. Obwohl Li Chinas Markt als eine Chance darstellte, um zu investieren, bleibt das Vertrauen ausländischer Investor*innen

gering. Selbst innerhalb Chinas gibt es Kapitalflucht. Trotzdem betonte Li das [langfristige Wachstumspotenzial](#) Chinas und versicherte, dass das Land weiterhin offen für ausländische Investitionen sei. Während Li in seiner Rede positive Signale aus der chinesischen Wirtschaft hervorhob, ließ er wichtige Themen wie den Konflikt in der [Ukraine](#) und die [Situation in Taiwan](#) unerwähnt.



© [Evangeline Shaw](#), Unsplash

Menschenrechte

Pressefreiheit in China: Jüngste Entwicklungen werfen Fragen auf

Inmitten anhaltender Bedenken über Menschenrechtsverletzungen in China werfen zwei jüngste Ereignisse ein Schlaglicht auf die Lage der Pressefreiheit im Land. Ein chinesisches Gericht verurteilte den chinesischstämmigen, australischen Demokratieaktivisten [Yang Hengjun](#) wegen Spionage zum Tode – mit Option auf lebenslange Haft bei guter Führung im Gefängnis. Diese Entscheidung wirft ernsthafte Zweifel an der Rechtsstaatlichkeit und Transparenz des chinesischen Justizsystems auf. Gleichzeitig wird die erfahrene Militärjournalistin der „South China Morning Post“, [Minnie Chan](#), seit einem Monat vermisst. Ihr plötzliches Verschwinden nach einem Besuch des Xiangshan-Sicherheitsforums in Beijing lässt ihre Bekannten befürchten, dass sie möglicherweise in Gewahrsam des chinesischen Sicherheitsapparats geraten ist.

Chinas Definition von Menschenrechten

Am 10. Dezember 2023 war der 75. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Zu diesem Anlass veranstaltete China ein [Seminar](#), um die chinesische Definition von Menschenrechten klarzustellen. Wie [hier](#) nachzulesen, werden Menschenrechte als „Sache“ im Sinne eines Prinzips oder Ideals konzipiert. Dies lenkt von der Tatsache ab, dass es sich bei den Menschenrechten um eine Reihe von gut etablierten rechtlichen Verpflichtungen handelt. Es impliziert, dass die Menschenrechte nach eigenem Ermessen gehandhabt werden können. Das [Recht auf Entwicklung](#) steht trotz Anerkennung der Menschenrechte für China an erster Stelle, wonach die Errungenschaften Chinas im Bereich der Menschenrechte ein Vorbild für die Welt seien. Die alle fünf Jahre stattfindenden Überprüfungen der Menschenrechtsbilanz (Universal Periodic Review, UPR), denen sich alle Länder unterziehen, bezeichnet China als Politisierung von Menschenrechten. [Bereits vor der Überprüfung am 23. Januar](#) schränkte Chinas Regierung die Zivilgesellschaft stark ein, legte falsche Informationen vor und ermutigte verbündete Länder, China zu loben. Ungeachtet dessen [kritisierten](#) Großbritannien, die USA und andere Länder die Volksrepublik stark. Großbritannien forderte China auf, die Verfolgung und Inhaftierung von Uigur*innen und Tibeter*innen einzustellen. Die USA forderten, alle willkürlich inhaftierten Personen freizulassen. Chinas UN-Botschafter, Chen Xu, sagte, dass einige Länder China grundlos beschuldigen. [Hier](#) können die Eingaben zum China-UPR bei der UN nachgelesen werden. [urgewald-Kolleg*innen](#) werden versuchen, zur abschließenden Anhörung im Juni 2024 nach Genf zu fahren.



"Sometimes climate policy is sort of identified as an island of cooperation, even when other things may be difficult or don't work."

Rainer Rudolph, Vice Chairman of the Munich Security Conference
(17. Februar 2024, Münchner Sicherheitskonferenz)

BASF zieht sich aus Xinjiang zurück: Was passiert mit VW?

Internationale Autohersteller wie General Motors, Tesla, BYD, Toyota und Volkswagen stehen im Fokus der Kritik von Human Rights Watch (HRW). Laut einem HRW-Bericht gehen die Unternehmen nicht ausreichend gegen [Zwangsarbeit](#) in der chinesischen Region Xinjiang vor. Der Bericht hebt hervor, dass ein erheblicher Anteil des in China produzierten Aluminiums aus Xinjiang stammt und dass Aluminiumhersteller in der Region möglicherweise Zwangsarbeit unterstützen. In diesem Zusammenhang hat Volkswagen eine unabhängige [Überprüfung](#) seines umstrittenen Werks in Xinjiang durchgeführt, bei der jedoch [keine Beweise](#) für Zwangsarbeit gefunden wurden. Neue Erkenntnisse deuten aber auf den Einsatz von Zwangsarbeiter*innen in einem Subunternehmen des Joint Ventures von VW und seinem Partner SAIC hin. Nach dem [Rückzug von BASF](#) aus Xinjiang wächst der Druck auf andere Unternehmen. Nach Medienberichten über

mögliche Menschenrechtsverletzungen will sich der Chemiekonzern BASF aus zwei Joint Ventures in Xinjiang zurückziehen. Währenddessen hat die EU eine Verordnung über das [Verbot von Produkten, die unter Zwangsarbeit hergestellt wurden](#), verabschiedet.

Aus unserer Arbeit

AIIB-Watch Update

Die AIIB-Watch dokumentiert Umwelt- und Menschenrechtskonflikte bei Infrastrukturprojekten der Asiatischen Infrastrukturinvestitionsbank (AIIB). Nun haben wir die Webseite der AIIB-Watch aktualisiert. Jetzt ist es möglich, die neuesten von der AIIB finanzierten Infrastrukturprojekte zu verfolgen und Bedenken zu melden. Bei dem Update liegt der Fokus auf dem Rogun-Wasserkraftwerksprojekt in Tadschikistan, das Anlass für zahlreiche Beschwerden gab. Aktuell finanziert von der Weltbank, wird es ab März 2024 von der AIIB gefördert.

Die Watch ist als Instrument für Lobbyarbeit gedacht. Feedback ist entscheidend, um Transparenz und Rechenschaftspflicht dieser Projekte sicherzustellen. Die aktualisierte AIIB-Watch-Website kann [hier](#) abgerufen werden.



Spenden

Unsere AIIB Watch ist eine einmalige und bahnbrechende Plattform für eine informierte Projektlobby. Sie dient nicht nur als Informationsquelle, sondern ist auch ein wirksames Instrument für die Interessenvertretung, welches den Betroffenen ermöglicht, gut informiert zu bleiben und sich aktiv an der Gestaltung der Diskussionen über wichtige Projekte zu beteiligen. Helfen Sie mit Ihrer Spende, die AIIB Watch weiter betreiben zu können!

[Jetzt spenden](#)

Tipps am Rande

[Podcast ARD: Einfach weg: Warum lässt China Leute verschwinden?](#)

In China lassen die Behörden regelmäßig Menschen verschwinden – für Tage, Wochen oder Monate. "Welt.Macht.China"-Moderator Steffen Wurzel spricht über das Thema in dieser Podcast-Folge mit dem ARD-Beijing-Korrespondenten Benjamin Eyssel und der rbb-Chinaexpertin Ruth Kirchner.

Video Invidious: Rede von Li Qiang, Premierminister der Volksrepublik China in Davos 2024

Die volle Rede von Premierminister Li Qiang auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos

Podcast MERICS: Die Beziehungen zwischen der EU und China 2024, mit Abigaël Vasselier

Was sind 2024 die drängendsten Fragen in den Beziehungen zwischen der EU und China? Worauf muss sich Europa bei der Gestaltung der Beziehungen zu Beijing konzentrieren? Diese und andere Fragen diskutieren Abigaël Vasselier, Leiterin Policy & European Affairs und des Forschungsteams für Chinas Außenpolitik, und Claudia Wessling, Leiterin Kommunikation & Publikationen, in dieser Podcast-Folge des Mercator Institute für China Studies.

Podcast Deutschlandfunk: Wo ist Zhanargül Zhumatay? Countdown eines Verschwindens

Seit ihrer Verhaftung durch die chinesische Polizei am 10. Februar 2023 weiß niemand, wo die kasachische Aktivistin Zhanargül Zhumatay ist. Was bleibt, wenn ein Mensch von einem Tag auf den anderen verschwindet?

urgewald e.V.
Nora Sausmikat
Von-Galen-Str. 4
48336 Sassenberg
Deutschland

chinadesk@urgewald.org
<https://www.urgewald.org/>

Wenn Sie diese E-Mail (an: unknown@noemail.com) nicht mehr empfangen möchten, können Sie diese [hier](#) kostenlos abbestellen.